

# Platz i abbeck

Nr. 8, 20. Dezember 2011

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN



**DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln**  
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Bürgerhaushalt: Klares Votum für den Erhalt der Bäder

Über 1060 Kölnerinnen und Kölner haben sich beim „Bürgerhaushalt 2012“ für den Erhalt der Bäder in Nippes und Weiden ausgesprochen und damit eine Rekordmarke gesetzt. So viele hatten noch nie einen einzelnen Vorschlag unterstützt. Angesichts des Werbe-Aufwands, den die Stadt bezüglich des „Bürgerhaushalts“ betreibt, wollte die LINKE per Anfrage im Rat im November herausfinden, ob die Stadt gedenkt, die von SPD, Grünen und FDP beschlossene Schließung bzw. die Zerstörung der beiden Schwimmbäder zu verschieben, um wenigstens die Debatte um die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung abzuwarten. Mitnichten, die Verwaltung bestätigte, dass es bei dem Plan bleibt, die Bäder am 10. Februar zu schließen und sofort mit dem Abbau der Anlagen zu beginnen. Pünktlich zum Beginn der Beratung der Ergebnisse des „Bürgerhaushalts“ Ende März wären die Bäder somit unbenutzbar, eine Wiederinbetriebnahme wäre nur mit höheren Kosten und größerem Aufwand möglich.

Um dies zu verhindern, haben sich mehrere Menschen aus den betroffenen Stadtteilen zusammengeschlossen und der Verwaltung und der KölnBäder GmbH das Angebot gemacht, über eine andere Trägerschaft der Bäder zu sprechen. Alle Schritte, die zur Zerstörung der Bäder führen, sollten bis dahin unterbleiben. Doch die Verwaltung hält ihren Schildbürgerstreich, erst die Bürgerinnen und Bürger abstimmen zu lassen und dann zu sagen „Pustekuchen, interessiert uns sowieso nicht“ für ganz normale Politik. So werden nicht nur die Bäder demontiert, sondern der „Bürgerhaushalt“ gleich mit. Drei der vier am stärksten unterstützten Vorschläge – Erhalt der Bäder, kein Einkaufszentrum auf dem Helios-Gelände und Erhalt des Autonomen Zentrums in Kalk – widersprechen den Planungen der Verwaltung. Sollten diese Voten nicht ernst genommen werden, dann zeigt dies nur, dass der „Bürgerhaushalt“ für die etablierten Parteien und die Verwaltung nur der Scheinbeteiligung dient. *Claus Ludwig*

## Keine Rückkehr zu menschenverachtenden Massenunterkünften in Köln!

**Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen müssen auch in Notlagen beachtet werden**



2003 entschloss sich der Kölner Rat, die Kölner Flüchtlingspolitik neu auszurichten. Es wurde ein Runder Tisch für Flüchtlingsfragen, bestehend aus Politik, Verwaltung, Kirchen und Experten, gegründet, der sich vorrangig mit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge beschäftigte. Die Probleme in diesen elementaren Bereichen waren gravierend. Viele Flüchtlinge lebten in Sammelagern mit Gemeinschaftspflege – meist mehr als fünf Jahre lang. Durch den Ghettocharakter und die Isolierung grenzte man auch visuell die Menschen in den Heimen vom Rest der Bevölkerung ab. An vielen Standorten der Wohnheime kam es zu Nachbarschaftskonflikten. In den Heimen selbst wurde z. B. oft gestritten, weil Kochplatten, WCs, Duschen und vieles mehr gemeinsam benutzt werden mussten. Daher wurde von den Akteuren des Runden Tisches ein Unterbringungskonzept erarbeitet: die Leitlinien für die Unterbringung von Flüchtlingen. Kernstück des neuen Konzeptes ist die Unterbringung in abgeschlossenen und dezentralen Wohnungen – favorisiert werden Mietwohnungen. Des Weiteren wird im Unterbringungs-

konzept viel Wert darauf gelegt, dass Standorte gleichmäßig in alle Stadtteile verteilt werden und dass es an einem neuen Standort maximal 50 bis 80 Bewohnerplätze geben soll.

Die Leitlinien wurden im Juli 2004 beschlossen. Die Verwaltung der Stadt Köln wurde somit verpflichtet, sich an die Vorgaben der Leitlinien zu halten. Dennoch kam es immer wieder zu Verstößen und Skandalen, z. B. im Winter 2010, als bekannt wurde, unter welchen Bedingungen Flüchtlinge in Köln untergebracht sind. Daher beschloss der Rat im Juli 2011 Hilfemaßnahmen im Wert von 4,1 Millionen Euro. In diesen Tagen wird die Verwaltung wieder gegen die Leitlinien verstoßen: Zurzeit wird eine Notunterkunft in Form eines Sammelagars in der Herkulesstraße für 70 Personen hergerichtet und die Stadt plant, am selben Standort zusätzlich Fertigbauten zu errichten. Die Stadt erklärt ihr Vorgehen mit der stark ansteigenden Zahl der Neuaufnahmen: 2009 kamen 487, 2010 932 und dieses Jahr werden über 1000 Personen neu einreisen. Das sind gerade einmal 100 Menschen mehr als letztes Jahr. →

Außerdem zeichnete sich die Entwicklung doch schon länger ab. Man hätte sich also besser darauf vorbereiten müssen! Die Leidtragenden sind wieder die Flüchtlinge. Viele von ihnen sind durch die Flucht und die Situation im Heimatland traumatisiert, dazu kommt, dass erwiesenermaßen viele Menschen in Sammelunterkünften an Depressionen erkranken.

Die Kölner Rückkehr zu Massenunterkünften hat viele Experten und DIE LINKE schockiert. Claus-Ulrich Pröls vom Flüchtlingsrat erklärte in der Presse, dass die Situation hätte vermieden werden können, wenn man den Runden Tisch frühzeitig in die Problematik einbezogen hätte. Auch in

Notlagen wie dieser darf man nicht von den Leitlinien abkehren, sondern muss jetzt so schnell wie möglich Alternativ-Standorte und Unterbringungsmöglichkeiten erarbeiten. Deshalb beschloss der Runde Tisch, eine kleine Arbeitsgruppe zu gründen, die neue Standorte finden soll.

Wir, DIE LINKE, sehen keinen Grund dafür, zur Politik der Massenunterkünfte zurückzukehren. Recherchen haben ergeben, dass Städte in ähnlichen Situationen flexible Wohnmodule aufbauen. Heutzutage ermöglichen Wohnmodule qualifiziertes und dezentrales Wohnen, Grundrisse sind individuell gestaltbar. Die Stadt kann die Wohnmodule schnell errichten, aber auch schnell

wieder abbauen. Verfügbar sind einige Modelle bereits ab Februar 2012. Die finanziellen Belastungen belaufen sich auf nicht viel mehr Geld, als die Herrichtung der Herkulesstraße kostet.

DIE LINKE und DEINE FREUNDE haben für die Ratssitzung am 20.12. den Antrag gestellt, dass der Rat die Leitlinien bekräftigt und die Verwaltung auffordert, sich auch in Notlagen an die Leitlinien zu halten.

Alles andere wäre eine Rückkehr zur unmenschlichen Flüchtlingspolitik von vor zehn Jahren.

Marie Kuster,  
Jörg Detjen

## Klimaschutz auch für Arme

Erst wenn Energieeffizienz und Klimaschutz im alltäglichen und strategischen Handeln der Stadt Köln übereinstimmend als „Pflichtaufgabe“ betrachtet werden, lässt sich auch die Stadtgesellschaft für umfängliche Klimaschutzaktivitäten gewinnen.

„Obwohl Klimaschutz zumindest nach aktueller Gesetzeslage keine klassische Pflichtaufgabe der Verwaltung ist, gibt die vorgestellte CO<sub>2</sub>-Bilanz trotz der bekannten prekären Haushaltslage im Hinblick auf die Vorbildfunktion der Stadt Köln Anlass, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Sofortmaßnahmen zu ergreifen.“ Diese Passage findet man in der Vorlage zum Klimaschutzkonzept-Köln. In der Nachbetrachtung des Klimagipfels in Durban liest sich diese Passage wie eine Aufmunterung. Angesichts

der Herausforderungen des Klimawandels ist das Ergebnis von Durban nämlich beschämend. Mit dem dort beschlossenen Fahrplan, der uns als Erfolg in letzter Minute verkauft wird, ist der Klimawandel kaum mehr zu begrenzen. Er ist vergleichbar mit den städtischen Maßnahmen zum vergifteten Grundwasser am Kalkberg. Während in Kalk nichts gegen das Gift unternommen wird, sondern lediglich dessen Konzentration gemessen wird, bedeuten die internationalen Beschlüsse nichts anderes, als regelmäßig den CO<sub>2</sub>-Anstieg und die Temperaturerhöhung zu messen.

Deutschland müsste sich nun zu einem internationalen Leuchtturmprojekt der Energiewende machen und Köln sollte als zweitgrößte Kommune endlich dabei sein.

Dabei sind Energieeffizienz und Energieeinsparung die Bereiche mit dem größten Potenzial.

Das zu erkennen und danach zu handeln, fordert aber Politik, Verwaltung und Mitmenschen zu einem anderen Denken auf. Hier muss die Stadt und ihre Betriebe eine glaubhafte Vorbildfunktion einnehmen. Damit aus Wissen auch Handeln entsteht, braucht es weitere Anreize.

Darum begrüßt DIE LINKE die Einrichtung eines „Zentrum für Energieeffizienz“ als externe Beratungsstelle, fordert aber die bestehende Energieberatung für Arme fortzuführen, in andere Stadtteile wie Kalk auszuweiten und ins Klimaschutzkonzept zu integrieren.

HP Fischer

## Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln

Die Evaluation der Arbeit in den neun Sozialräumen der Stadt Köln ist eine Erfolgsgeschichte. Nun sollen die Mittel für zwei Jahre befristet weiterlaufen. Das Handlungskonzept „Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln“ wurde erstmals am 15.12.2005 vom Rat der Stadt Köln als Modellprojekt verabschiedet. Am 15.12.2008 wurde das Modellprojekt auf elf Sozialraumgebiete erweitert und bis zum 29.2.2012 verlängert. Die Erfolgsgeschichte des Handlungskonzeptes spiegelt sich in den Berichten der Sozialraumkoordinatoren wieder: viele Ziele konnten erreicht werden, viele Projekte neu gegründet werden. Gerade die Neugründungen gilt es weiter zu begleiten und weiter auszubauen. So wurden Ausbildungsbörsen und Beratungsangebote zum Übergang von Schule in den Beruf initiiert. Frauengruppen fanden sich zu Integrationsarbeit zusammen. Das Bürgerzentrum Buchforst arbeitet „Veedel“-übergreifend zum Projekt Mülheim 2020 und informierte intensiv zum

bevorstehenden Hubschrauberlandeplatz auf dem Kalkberg. Das Projekt „Energiesparen bei kleinem Budget“ wurde entwickelt und wird, wie auch die anderen umfangreichen Angebote, die sich aus dem Modellprojekt entwickelt haben, bei der immer stärker um sich greifenden sozialen



Kälte und Ausgrenzung der von Hartz IV betroffenen Menschen um so wichtiger werden.

Die Möglichkeit, in der verlängerten Laufzeit eine erneute Zielkonferenz durchzuführen, hätte diese Arbeit unterstützen können. Diesen von den Koordinatoren formulierten Wunsch haben wir dem Evolutionsbericht entnommen. Kurz entschlossen hat die Fraktion die Linke dazu einen Änderungsantrag in den Fachausschuss Soziales und Senioren eingebracht. Leider konnte der Fachausschuss kein Votum für diese Vorlage abgeben. Die Verwaltung legte diese umfangreiche Vorlage so spät vor, dass sich keine Fraktion intensiv damit beschäftigen konnte. So wurde diese Vorlage ohne Votum, aber mit unserer Änderung in die weiteren Gremien gegeben. Bezirksvertretungen haben sich damit positiv beschäftigt und im Jugendhilfeausschuss wurde von den anderen Fraktionen auch Änderungsbedarf angemeldet.

Gisela Stahlhofen

# Hubschrauberbetriebsstation, was nun?

## Interview mit einem Mitglied der Buchforster Bürgerinitiative nach der Bürgerversammlung zum geplanten Bau einer Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg

*Gab es auf der Bürgerversammlung für Sie von der Stadt und/oder der Feuerwehr neue Argumente?*

Von der Feuerwehr gab es keine Argumente, die wir nicht schon seit Jahren gehört hätten. Die Stadtverwaltung wollte durch ihre Antworten und Darstellungen lediglich erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger den Widerstand aufgeben und die Betriebsstation auf dem Kalkberg letztendlich passieren lassen. Wie ist es sonst zu verstehen, dass der Stadtdirektor die Bevölkerung bat „dieses Opfer zu bringen“?

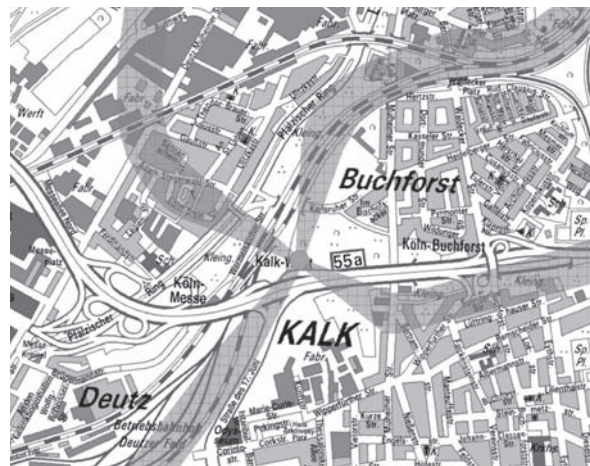
*Wurden die vorgetragenen Argumente der Bürgerinnen und Bürger von der Verwaltung ausreichend gewürdigt?*

Für alle Fragen kann dies verneint werden. Die Antworten zur Umweltproblematik fielen über Jahre immer wieder völlig unterschiedlich aus. Und das fand auch auf dieser Veranstaltung ihre Fortsetzung. Mal war der Kalkberg völlig frei von allen Giften, mal völlig unbrauchbar. Das Argument einer Gruppe Landschaftsarchitekten, die im Auftrag der Stadtverwaltung in einem Workshop zur landschaftlichen Betrachtung des Stadtgebietes dem Kalkberg eine besondere Bedeutung zusprachen und unbedingt die aktuelle Erhaltung befürworteten, wurde ein Korb gegeben. Immer wieder wurde in der Versammlung von den Bürgerinnen und Bürgern ausgesprochen, dass es sich „hier doch nur um eine Einlösung der Bevölkerung handelt“. Ändern könne sich ja doch nichts, man hätte lieber zu Hause bleiben sollen. Vertane Zeit!

*Wie bewerten Sie die Zusagen der Stadt bezüglich – des Flüsterasphalts – der Umgestaltung der Waldecker Straße – des Lärm-*

*fensterprogramms – der Sicherung der beiden Stadtteilbüros und eines Lärmbeauftragten nach Bau der Station?*

Diese Zusagen waren im Rahmen der Thematik eine Unverschämtheit. Alle diese Angebote haben mit der Errichtung der Hubschrauberbasisstation auf dem Kalkberg aber auch gar nichts zu tun. Der Flüsterasphalt ist schon jetzt zur Lärminderung der Buchforster absolut notwendig und hätte schon vor Jahren eingebaut werden



müssen. Die Umgestaltung der Waldecker Straße ist auch schon eine jahrzehntelange Forderung der Bevölkerung. Völlig überdimensioniert führt sie zu gefährlicher Raselei im Veedel. Das Lärmfensterprogramm gilt nur für öffentliche Einrichtungen und ist mit dem genannten Betrag völlig unterfinanziert. Wer will hier wem einen Bären aufbinden? Die größte Frechheit aber war das Versprechen, die beiden Stadtteilbüros besser zu unterstützen. Wie kann der Bau auf dem Kalkberg die Arbeitslosigkeit in

Buchforst senken, das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen verbessern, die Hausaufgabenbetreuung beeinflussen oder das Zusammengehörigkeitsgefühl der Senioren fördern? Kommt der Kalkberg nicht, hätte auch der jetzt schon nötige Lärmbeauftragte in Buchforst weniger zu tun.

*Könnten »leisere« Hubschrauber ihre Einstellung zur Station verändern?*

Es gibt keine »leisen« Hubschrauber. Es gibt nur »laute« und »sehr laute« Helikopter! Jeder Hubschrauber bringt zusätzlichen Lärm, den das Veedel nicht mehr vertragen kann.

*Könnte die in der BV Kalk geforderte Aussichtsplattform unterhalb der Station von Ihnen eine positive Einschätzung erfahren?*

Nein, die Aussichtsplattform kann nur sinnvoll auf dem höchsten Punkt des Kalkberges liegen! Dort aber ist Sperrgebiet für den

Hubschrauberflughafen. Von der Plattform unterhalb der Hubschrauberstation sieht man den Autofahrern auf der B55a in die Augen! Von Köln sieht man dann sehr wenig.

Wir sind maßlos enttäuscht über diesen Beschluss der Politiker, die ja als Bezirksvertreter ganz nah am Geschehen sind und eigentlich besser wissen müssten, was dort los ist. Aber auch das müssen wir enttäuscht feststellen. Keiner von denen wohnt vor Ort.  
Franz-Albert Krämer

## Gegen alle Vernunft

Als in der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses die Vertreterin der LINKEN, Uschi Röhrig, fragte, wie Verwaltung und die großen Parteien den Hubschrauberlandeplatz in Buchforst gegen die Widerstände durchsetzen wollen, rief ein Mitglied der CDU: „Wir haben auch die Müllverbrennungsanlage durchgesetzt.“ Man kann kaum die Rücksichtslosigkeit deutlicher machen, mit der dieses Projekt auf dem Rücken der Bevölkerung in Buchforst, Kalk und der Stegerwaldsiedlung durchgedrückt wird.

### Die Betriebsstation

In den zwölf Jahren, in denen über den zukünftigen Ort der Betriebsstation diskutiert wird, sind viele Chancen vertan worden: Im Jahre 2000 schlug die Werksleitung der

Städtischen Kliniken den Bau eines Parkhauses mit einer Integration der Hubschrauberbasisstation vor. CDU und FDP lehnten dies im Gesundheitsausschuss am 9.5.2000 ab. Am 12. März 2002 legte die Werksleitung der Kliniken Merheim erneut einen Vorschlag vor, der eine Integration der Hubschrauberbasisstation vorsah. 2,5 Millionen Euro hätte der Bau gekostet, von denen die Madaus-Projektunternehmen eine Million übernehmen wollten. Auch dieser Vorschlag wurde von der damaligen CDU-FDP-Koalition abgelehnt.

Aber auch die SPD griff diesen Vorschlag nicht auf. Bei der Offenlage der Bauungspläne für die Madausstraße bestand die SPD auf der Verlagerung des Hubschrauberlandeplatzes ohne Alternativstandort, nachzulesen in der Niederschrift des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.3.2002. Im Jahre 2005 schlugen die

Merheimer Kliniken erneut vor, die Hubschrauberbasisstation in der Nähe der Kliniken anzusiedeln. Wieder wurde der Vorschlag abgelehnt. Im Eilverfahren wurde im Juli 2005 der Kalkberg von CDU, SPD und Grünen mit dem Dezernenten Soénius durchgepeitscht. Aber 2006 empfahl das Rechnungsprüfungsamt, dem angestrebten Investorenmodell nicht zu folgen. Der Deal platzte.

Nun wird wieder der Kalkberg ins Auge gefasst und wieder rät das Rechnungsprüfungsamt ab, denn die möglichen Kosten der Altlasten sind nicht absehbar. Auch ohne diese wird der Bau wenigstens 11 Millionen Euro kosten, statt der 2,5 Millionen in Merheim.

Und immer noch ist eine Alternative möglich: Der Hubschrauberlandeplatz gehört heute an den Flughafen.

Jörg Detjen



# Aus den Ausschüssen

## Integrationskonzept verzögert sich um ein Jahr

DIE LINKE hatte eine Anfrage zum Integrationskonzept gestellt, die in der Ratssitzung am 24. November 2011 beantwortet wurde. In der Antwort heißt es, dass das Integrationskonzept erst Mitte 2012 verabschiedet werden kann. Weiterhin wurde festgestellt, dass die Gremien das Konzept nicht früh genug bearbeiten können, weil das Personal im Interkulturellen Referat fehlt.

In der Anfrage hatten wir nach dem konkreten Zeitplan für die Einrichtung der Steuerungsgruppe, der Einrichtung einer Expertengruppe sowie nach der Entwicklung des noch nicht beschlossenen Maßnahmenprogramms gefragt. Darüber hinaus fragten wir, welche Überlegungen sich die Verwaltung bezüglich des kommenden Integrationsgesetzes NRW gemacht hat.

In der Antwort der Verwaltung heißt es: „Am 1. Februar 2011 wurde das ‚Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ vom Rat der Stadt Köln verabschiedet. Der zur Erstellung des Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft eingesetzte Beirat wird seine Arbeit nach Institutionalisierung der Expertengruppen wieder aufnehmen. In diesen berufen sind: Dezernentinnen und Dezernenten, Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen, des Integrationsrates, des Runden Tisches für Integration, drei der LIGA, der ArGe (jetzt Jobcenter) des DGB, der IHK, der Agentur für Arbeit und als Geschäftsführung das Interkulturelle Referat der Stadt Köln“.

Dezernentin Henriette Reker machte – auf eine mündliche Anfrage hin – noch einmal deutlich, dass die Steuerungsgruppe, bestehend aus den Beauftragten der Dezernate, erst jetzt ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Durch personelle Engpässe und Personalwechsel in den Dezernaten hatte das Benennungsverfahren mehr Zeit in Anspruch genommen als ursprünglich vorgesehen.

Auf die Frage, wie es denn nun weiter gehen soll, antwortete die Dezernentin Reker: „Derzeit wird als nächster Schritt des Verfahrens in der Steuerungsgruppe unter Federführung des Interkulturellen Referates ein Verfahrensvorschlag zur Besetzung der Expertengruppen erarbeitet. Dieser Vorschlag wird in der Integrationsratssitzung im Januar 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt werden“. Das Maßnahmenprogramm kann laut Verwaltung frühestens Mitte 2012 fertig sein.

Es zeigt sich, wie in vielen anderen Bereichen auch, dass die Personalressourcen der Stadt inzwischen so ausgedünnt sind, dass die Verwaltung Schwierigkeiten hat, ihre Arbeit zu machen. Hier muss unbedingt rasch gehandelt werden! Durch weite-

re mündliche Anfrage stellte sich heraus, dass es derzeit einen Prüfauftrag bezüglich der Stellenbesetzung für das interkulturelle Referat gibt. Wir werden beobachten, zu welchem Ergebnis die Verwaltung kommt.

Was muss noch in dem Maßnahmenprogramm erarbeitet werden? In der Ratssitzung am 1. Februar 2011 wurde folgendes beschlossen: Die Anknüpfung der Maßnahmen an die wesentlichen Handlungsempfehlungen des Konzeptes, die Setzung der Prioritäten, die konkrete Schätzung zu Kosten und Ressourcen für die jeweiligen Maßnahmen, den Wegfall der Trennung zwischen städtischen und nicht-städtischen Maßnahmen“.

Bis zum Sommer 2011 sollte den politischen Gremien eine entsprechende Vorlage vorgelegt werden. Dazu ist es bislang noch nicht gekommen. Denn laut Antwort der Verwaltung hat sich der Arbeitskreis „Maßnahmenprogramm“, bestehend aus Verwaltung, Vertreterinnen und Vertretern des Integrationsrates, Interkulturellen Zentren, bzw. freien Trägern, integrationspolitischen Sprechern und Sprecherinnen, nur einmal getroffen – zum ersten Workshop im Juli 2011. Nun hat die Verwaltung erst für Januar 2012 zu einem Treffen eingeladen, in dem Maßnahmenprogramm und die Änderungsvorschläge erarbeitet werden sollen. Wir werden als LINKE diesen Prozess kritisch begleiten. Eine Stadt wie Köln mit 33 Prozent Migrantanteil braucht dringend ein Integrationskonzept. Zu dem Entwurf des Teilhabe- und Integrationsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen antwortete die Verwaltung, dass es sich noch im parlamentarischen Beratungsverfahren befindet und dass es sich um einige Monate verzögern wird. Also, wie erwartet, kann das Gesetz nicht im Januar in Kraft treten. Da die Richtlinien noch nicht feststehen, konnte die Verwaltung derzeit keine Angabe über die organisatorische Anbindung der personellen Ausstattung der sogenannten kommunalen Integrationszentren machen.

*Sengül Senol*

## Senkung Abfallgebühren Mülltrennung macht sich bezahlt! Oder die Müllverbrennungsanlage ist abgeschlossen.

Die Hausmüllbeseitigung kann im kommenden Jahr 2012 um 1,4 % gesenkt werden. Der Anteil am Verbrennungsentgelt wird von 150,65 Euro pro Tonne auf 131,62 Euro gesenkt werden. Das Gesamtvolumen der Restmüllbehälter wird voraussichtlich um 1.500 Tonnen gleich 1,16 % geringer sein als im Jahr 2011. Die Haushaltsbelastung durch die Verbrennungsanlage wird nun auch geringer und in den

kommenden Jahren werden noch diverse andere Investitionen den Haushalt nicht mehr belasten und die Haushaltskonsolidierung durch die Stadtwerke unterstützen.

Das Bewusstsein zur Umwelt ist gewachsen und die daraus erfolgte Trennung der Müllarten hat sich bewährt.

Es wäre begrüßenswert, wenn die Hausmüllgebührenzahler daran erinnert würden, dass sie einen „Eigenkompostiererabschlag“ erhalten, wenn sie nachweisen, ob und in welchem Umfang sie den anfallenden Bioabfall und Grünschnitt ordnungsgemäß und schadlos verwerten.

Zur Kompostierung geeignet sind vor allem Hecken- und Grasschnitt, Laub, Gartenabfälle und Küchenabfälle. Dieser Abschlag könnte dann zur Senkung der Mietnebenkosten führen und die Mieter entlasten.

Leider aber wird den Einwohnern das Geld, das in der einen Tasche mehr verbleibt, gleich aus der anderen wieder genommen. Die Straßenreinigungsgebühren werden erhöht und diese werden dann wieder von den Mietern über die Nebenkostenabrechnung bezahlt werden.

*Gisela Stahlhofen*

## Verkehrsausschuss

### Stell dir vor, die U-Bahn fährt und alle fahren weiter Bus

...mutmaßt die FDP und fürchtet einen Schildbürgerstreich.

Ja guten Morgen ihr Liberalen, es kommt noch viel schlimmer! Mit Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn bis zum Bonner Verteiler (wahrscheinlich 2018), wird die Buslinie 106 komplett eingestellt.

Auf eine Anfrage von Berthold Bronisz, DIE LINKE, Bezirksvertreter im Stadtteil Rodenkirchen (Aktenzeichen AN/0997/ 2011) lautete die Antwort der Verwaltung: Der südliche Ast der Linie 133 (Zollstock – Chlodwigplatz) wird mit dem nördlichen Ast der Linie 106 (Chlodwigplatz – Heumarkt bzw. Breslauer Platz) zu einer Linie verbunden. Der nördliche Ast der Linie 133 entfällt bereits mit Fertigstellung der ersten beiden Baustufen der Nord-Süd Stadtbahn, der südliche Ast der Linie 106 (Chlodwigplatz – Marienburg) mit Inbetriebnahme der 3. Baustufe.

Gewiss, das ist Kölner Verwaltungsschinesisch. Nehmen Sie sich nur 10 bis 15 Minuten Zeit, malen Sie sich das Ganze auf. Und, ist doch Prima! ÖPNV versenkt! Und die liberale Spaßpartei war bei den Beschlüssen wieder mit dabei. Die restlichen Kandidaten kriegen Sie bei genauerer Recherche über das Beschlussdatum auch noch raus. Bestimmt!

DIE LINKE wird solch einer absoluten Verschlechterung des ÖPNV in den Stadtteilen Marienburg und Bayenthal nicht zu-



stimmen und entschieden dagegen kämpfen!

Zwar haben wir eine neue Stadtbahn. Nur für die Bewohner von Marienburg und Bayenthal bedeutet das unzumutbare Fußwege. Bei Neuplanungen werden Fußwege zur nächsten Haltestelle von 300 Metern als Optimum gesehen, 500 Meter als Maximalentfernung. Eine grobe Recherche, ausgehend von den jetzigen Haltestellen der Buslinie 106 zu den Haltestellen der Linie 16 oder zur neuen Nord-Süd Stadtbahn ergaben mehrheitlich Entfernungen von ca. 500 Metern und mehr.

Entfallen durch Straßenumbauten Parkplätze und die Alternativen liegen

mehrere hundert Meter entfernt, sind CDU und FDP in ihrer Empörung über die Autofahrerrestriktion kaum einzuholen. Vor dem Grundgesetz gibt es offensichtlich Gleiche und Gleichere. Den Gleichen, ohne Auto, kann man da ja wohl 500 bis 600 Meter Fußweg bis zur Bahnhofhaltestelle zumuten. Da wir in Köln aktuell in der fünften Jahreszeit leben, könnte man spaßeshalber das Motto ausrufen: „Wer sich für dat dämliche Klimaschone nit ze schad is, kann sich ruhig de Hacke affrenne.“

In diesem Sinne „Kölle Alaaf“ und nach Aschermittwoch werden wir dann aktiv.  
*Hans Peter Arenz*

## Und wenn es nicht schneit?

Nun steht der Winter vor der Tür und der Schnee lässt auf sich warten. Gestern gab es einen hoffnungsvollen Anfang, aber leider nicht in Köln. Östlich von Hannover gab es die erste geschlossene Schneedecke. Was ist, wenn der Schnee und ein so harter und langer Winter wie im letzten Jahr ausbleiben? Was geschieht dann mit dem Geld aus der Grundsteuererhöhung? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war schnell mit einer Lösung bei der Hand: „Dann verwenden wir das Geld zur Haushaltskonsolidierung.“, so deren Geschäftsführer Jörg Frank. Wir sind der Meinung, jeder muss vor seinem eigenen Haushalt fegen. Die Stadtwerke machen Gewinne, mit denen sie nicht nur die Defizite bei der KVB ausgleichen können. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt hätten sich für den Fall von Schnee und Eis auch auf die Stadtwerke verlassen können. Es gehört zu den Pflichtaufgaben unserer Stadt, die Straßen für deren Benutzung verkehrssicher zu halten und gegebenenfalls mit Salz und Sand sicher zu machen.

Die Abfallwirtschaftsbetriebe haben Salz und Sand gekauft. Ein Chaos wie im letzten Jahr soll es nicht wieder geben. Schau'n wir mal. Der Nikolaus braucht für seinen Schlitten bisher eher Räder oder nach dem Regen ein vom Rentier gezogenes Boot.  
*Gisela Stahlhofen*

## Aus den Bezirken

### ■ Lindenthal

#### Neues von der Hangkante

Der Ärger bei der Umsetzung des Bebauungsplanes des alten DEG-Gebäudes (das Terrassenhochhaus ist eine alte Bausünde aus den 70er Jahren) hält weiter an.

Ein ungenügender Rückbau des Gebäudekomplexes, ständige Auseinandersetzungen um den Erhalt der Terrassenkante und jetzt das Fällen von großen Bäumen auf dem Baugelände ohne Genehmigung – immer wieder versucht der Investor Pandion zu provozieren und tanzt Bevölkerung und Verwaltung auf der Nase herum.

Die untere Landschaftsbehörde hat nun die Baustelle im Außenbereich stillgelegt.

Köln braucht gute Investoren, die den Um- und Ausbau der Stadt in eine lebenswerte Kommune unterstützen, die investieren, weil es für sie attraktiv ist, die die Vorgaben, die ihnen Politik und Verwaltung machen, sorgfältig beachten und die ein Ohr für die Anregungen, Sorgen und Änderungswünsche der Bevölkerung haben, die von den Vorhaben betroffen ist. Natürlich müssen sie auch so solvent sein, die Bau-

vorhaben organisatorisch und finanziell stemmen zu können.

Braucht Köln Investoren wie Pandion?  
*Lothar Müller*

### ■ Kalk

#### 100. Geburtstag der Widerstandskämpferin Martha Mense

Als 2001 die Bezirksvertretung Köln-Kalk einstimmig beschloss, eine Straße in Kalk nach Martha Mense zu benennen, wurde erstmals in Köln eine Frau des Widerstands gegen die Nazidiktatur geehrt.

Frau Mense – am 11.12.1911 in Köln geboren – war nach der Machtübernahme durch die Nazis aktiv, indem sie Flugblätter verteilte und Parolen auf Straßen und Häuserwände schrieb. Von 1934 bis 1937 war sie zu 2,5 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. Einen Teil der Strafe musste sie im EL-DE-Haus verbringen und wurde dort misshandelt und gefoltert. Bis zum Kriegsende beteiligte sich Frau Mense weiterhin an Widerstandsaktivitäten.



Als aktive Kommunistin hat sie sich später in der Friedensbewegung und gegen das Erstarken von Naziorganisationen engagiert.

Sie starb am 18. September 1998.

Am 11. Dezember gedachten viele Weggefährten, aber auch jüngere Menschen dieser Widerstandskämpferin. Dr. Fritz Bilz von der Geschichtswerkstatt ließ Frau Menses Leben noch einmal für alle Revue passieren, ergänzt durch persönliche Anmerkungen Robert Jägers.

Wenn man etwas aus dem Leben Martha Menses lernen möchte, dann ist es auch, sich gegen die braune Brut zu stellen.

*HP Fischer*



## Wenn eine Verwaltung Schlüsse zieht...

Zur geplanten Verlagerung des Großmarktes nach Marsdorf hat die Bezirksvertretung Lindenthal ein Verkehrsgutachten eingefordert, das nun vorliegt.

Es kommt zu dem Schluss, dass die Verkehrsbelastung im Kölner Westen in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Durch die Verlagerung des Großmarktes ist eine geringfügige zusätzliche Belastung zu erwarten.

Die Verwaltung schließt daraus, dass, wenn der Verkehr eh schon drastisch zunimmt, einer Ansiedlung des Großmarkts nichts im Wege steht, da durch die Verlegung die Belastung ja nur vergleichsweise wenig ansteige.

Das ist eine Verhöhnung der Bevölkerung mit einer zynischen Argumentation, statt über Strategien nachzudenken, wie der vorhergesagte Verkehrskollaps vermieden werden kann.

Die BV Lindenthal hat nun in einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE der Verwaltung aufgetragen, endlich ihre Hausaufgaben zu machen. Ob es was hilft? Fortsetzung folgt.

*Lothar Müller*

## ■ BV Rodenkirchen

### Umbau Höninger Weg Ursache für Unfallhäufigkeit?

In der Sitzung vom 21.11.2011 der Bezirksvertretung 2, Rodenkirchen, wurde u. a. auch über meinen Antrag beraten, der ja zweimal vertagt wurde. Im Gespräch mit den Fraktionen der SPD und Grüne haben wir uns zunächst auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, der ein sogenanntes Kolloquium vorsieht.

Der geänderte Antrag sieht nun vor, ein Kolloquium mit der BV2 zu veranstalten, in dem die Sicherheitslage für Radfahrer auf dem Höninger Weg analysiert und Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden. Zu diesem Kolloquium werden neben Polizei, der KVB, dem Fahrradbeauftragten und dem Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtplanung auch Vertreter des VCD und ADFC eingeladen werden. Meine Forderung, durchgehende Fahrradschutzstreifen einzurichten und die Parkstreifen zu entfernen, bleiben davon unberührt, da ich dies nach wie vor für die einzige Sicherheitslösung vor Ort halte.

Eine Anfrage auf einen von mir gestellten Prüfantrag wurde im Februar dieses Jahres noch wie folgt beantwortet: (...) »Da die von Ihnen benannte Örtlichkeit nicht annähernd eine Unfallhäufungsstelle im Sinne Ihres Anliegens bildet, erfolgt eine polizeiliche Überwachung dort auch zu-



### Höninger Weg. Für Radfahrer lebensgefährlich ...

künftig nur im Rahmen der Streife.« In der Antwort auf eine SPD-Anfrage zur Unfall-Lage im Stadtbezirk Rodenkirchen wurde jedoch in der Sitzung am 21.11. festgestellt, dass der Höninger Weg unfallauffällig ist. Insgesamt 12 Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Radfahrern ereigneten sich im Bereich zwischen Sibille-Hartmann-Straße und dem Gottesweg.

Gab es im Jahr 2010 noch keine Unfallauffälligkeiten, waren es ein Jahr später schon 12 Unfälle, die »auffielen«. Einer endete tödlich. Nun darf auf Grund dieser starken Diskrepanz die Frage gestellt werden, ob der Umbau des Höninger Wegs nicht erst diese gravierende Unfallhäufigkeit verursacht hat. Für mich sieht es jedenfalls erst einmal so aus.

War die Beantwortung der Anfrage der SPD schon aufschlussreich, so lässt sie weitere Fragen zu, die gestellt werden müssen, um herauszubekommen, ob mit dem Umbau des Höninger Wegs nicht erst eine Gefahrenstelle für Radfahrer geschaffen wurde. Wie auch immer die Beantwortung aussehen wird. Der Zustand kann und darf nicht länger so bleiben.

*Berthold Bronisz*

## ■ Verkehrsausschuss

### Er (Herr Streitberger) weist jedoch darauf hin, dass der Unfallhergang hier sehr untypisch und eher unerklärlich sei

Diese Aussage traf der Beigeordnete des Dezernats Planen und Bauen, Herr Streitberger, im Verkehrsausschuss am 27.9.2011. Anlass war eine vorhergehende Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Ausschusssitzung 27.9.2011, Vorlage 3793/2011) zum tödlichen Unfall eines Radfahrers am 7.6.2011 auf dem Höninger Weg, zwischen Gottesweg und Herthastraße. Merkwürdig ist nur, dass eine etwa zeitgleich gestellte Anfrage der SPD in der BV

Rodenkirchen eine völlig konträre Antwort der zuständigen Polizeidirektion hervorrief. Sie ging am 14.10.2011 beim Bürgeramt Rodenkirchen ein und lautet: »Im Stadtteil Zollstock ist der Höninger Weg unfallauffällig. Dort ereigneten sich (seit Anfang 2011) insgesamt 12 Verkehrsunfälle mit Radfahrern... In zwei Fällen gelangten die Radfahrer in die dortigen Straßenbahnschienen. Ein Radfahrer verunglückte tödlich«.

Jedoch sieht die Verwaltung keine Veranlassung, einen durchlaufenden Fahrradschutzstreifen auf dem Höninger Weg einzurichten. Denn in Beantwortung unserer Anfrage trifft sie die Schlussfolgerung: »Eine Änderung der Situation wäre nur denkbar, wenn das Parken in diesem Abschnitt aufgehoben würde«.

Und nun werde ich als Linker grundsätzlich ein: In meinem Grundgesetz steht in Artikel 2, Absatz II: »Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit« – Fahrradfahrer wurden weder gesondert erwähnt, noch ausgeklammert! Dagegen fand ich nirgends einen Rechtsanspruch auf 12 m<sup>2</sup> Stellfläche, zum Parken eines PKW! Soviel benötigt ein VW Golf.

Berthold Bronisz, Die Linke, Bezirksvertreter im Stadtteil Rodenkirchen, hat in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen und der SPD die Forderung eines Kolloquiums im Jahre 2012 anstoßen können. Eingeladen werden die Polizei, die KVB, der Fahrradbeauftragte, das Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtplanung und Vertreter des VCD und

des ADFC. Danach wird es eine Bürgerversammlung in Zollstock geben.

Dort kocht der Unmut über den Höninger Weg schon allein wegen der hohen städtischen Abgabenforderungen an die Straßenanlieger. Auf dem Foto ist der äußere, hellere Fußweg leicht erkennbar, er misst gerade mal zwei Meter. Daran schließt der dunklere Parkstreifen an. Laut »Die neuen Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06)«, herausgegeben vom Institut für Verkehrswirtschaft, Straßenwesen und Städtebau, sind für örtliche Geschäftsstraßen jedoch drei Meter erforderlich. Wenn man bei den vorhandenen zwei Metern Fußweg noch die allseitig aufgestellten Reklame- und Warenständer abrechnet, ist der Fußweg gerade mal 1,25 Meter breit! Diese Enge ist für Fußgänger unzumutbar!

Der Höninger Weg, ohne durchgehenden Schutzstreifen, ist für Fahrradfahrer äußerst gefährlich!

*Hans Peter Arenz*

Vierzehn Tage vor dem bundesweiten Vorlesestag hatten die Veranstalter eine Studie vorgestellt, wonach Kinder, denen man regelmäßig vorliest, deutlich bessere Bildungschancen haben.

Am Vorlesestag besuchte die Kölner Landtagsabgeordnete, Dr. Carolin Butterwegge, zusammen mit dem Rodenkirchener Bezirksvertreter Berthold Bronisz die GGS Kettlerstraße und las den Schülerinnen und Schülern aus dem mit dem deutschen Jugendliteraturpreis ausgezeichneten Buch »Rico, Oskar und die Tieferschatten« vor.

Die spannende, witzige und ein wenig an »Emil und die Detektive« erinnernde Geschichte riss die Kinder mit und sorgte auch für viele Lacher, kamen in dem Buch doch auch, wie es in einer Rezension heißt, »Figuren mit Schräglage« vor.

Dr. Carolin Butterwegge las mit ebensolcher Begeisterung, wie die Kinder zuhörten. Nachdem sie die Lesung natürlich beim Beginn des spannendsten Kapitels beendet hatte, die Kinder mussten ja neugierig gemacht werden, konnten die Kids Fragen stellen. Und manche Fragen aus einem Kindermund könnten durchaus auch von einem Erwachsenen gestellt worden sein.

## Bundesweiter Vorlesestag mit Dr. Carolin Butterwegge, MdL



Frau Dr. Butterwegge beantwortete die Fragen, wie z. B. »Was ist ein Politiker?«, »Was ist der Landtag?« und »Wird man als Politiker reich?« (Was für mich die beste Frage war.) für die Kids verständlich. Sie erläuterte auch den Unterschied zwischen

Landes- und Kommunalpolitik, womit die Frage nach den Zebrastreifen wieder bei mir als Bezirksvertreter für Rodenkirchen landete. Der Vorlesestag an der Schule Kettelerstraße war rundum gelungen. Die Kids waren begeistert. *Berthold Bronisz*

## Leuchtturm zu Leuchtturm

Ein Leuchtturmprojekt soll sie werden – die »inklusive Universitätsschule Köln«! So stellte Schuldezernentin Agnes Klein am 9. Dezember in einer öffentlichen Veranstaltung die vorgesehene Realisierung des Universitätsprojekts »School is Open« auf dem Ehrenfelder Heliosgelände vor.

Es würde sich dabei um die Idealkonfiguration einer Gesamtschule handeln: eine inklusive Schule mit starker Akzentsetzung auf individueller Förderung und mit durchgängig gemeinsamem Unterricht von der Einschulung bis zu allen möglichen Abschlüssen, also ein bis zu dreizehn Schuljahre umfassendes voll integratives System. Gedacht ist die Universitätsschule als Schule im Viertel, die in die Sekundarstufen Schülerinnen und Schüler aus den umliegenden Schulen aufnehmen soll. Starten wird sie mit den Jahrgängen 1, 5 und 11, so dass es nicht dreizehn Jahre dauern wird, bis alle Jahrgänge aufgefüllt sind.

Neben die reguläre Funktion einer allgemeinen öffentlichen Schule würde die einer Laborschule treten. Damit wäre eine enge Kooperation mit der Kölner Universität verbunden. Die inklusive Universitätsschule könnte damit als Praxisstätte und Erprobungsfeld gestützt auf den wissenschaftlichen Hintergrund der Lehrerausbildung an der dortigen humanwissenschaftlichen Fakultät agieren.

Die damit skizzierten konzeptionellen Komponenten der inklusiven Universitätsschule stellen für alle, die inklusives und ge-

meinsames Lernen befürworten, einen positiv problemgerechten Weg dar. Entsprechende Zustimmung fand die Vorstellung des Modells auch unter den etwa 130 Besucherinnen und Besuchern der Ehrenfelder Veranstaltung.

Das Projekt „school is open“ formuliert an sich selbst den Anspruch, ein Modell weitgehend studierendengetragener Konzeptentwicklung zu sein. Es wird zu sehen sein, ob es den Organisatoren gelingt, dieses wünschenswerte Prinzip durchzuhalten. Die Vorstellung des Projektes in Ehrenfeld wurde zumindest nicht durch Studierende, sondern durch Mitarbeiter der Universität durchgeführt. Unklar ist bislang noch die bildungstheoretische Ausrichtung von „school is open“. Die dem Konzept zugrunde liegende Vorstellung von Bildung wird nicht dargestellt. Damit fehlt das entscheidende Bezugssystem für die Fragen des Menschenbildes und des gesellschaftlichen Standorts.

Dringend ans Herz zu legen ist der inklusiven Universitätsschule, dass sie sich kooperativ einbringt in das Netz der Kölner Gesamtschulen. Eine solche Zusammenarbeit könnte sich zum beiderseitigen Vorteil entwickeln: Das Ehrenfelder Projekt könnte von den umfassenden und langjährigen Erfahrungen der Gesamtschulen aus inklusiver Unterrichtspraxis profitieren und die Gesamtschulen umgekehrt von der systematischen wissenschaftlichen Begleitung von „School is Open“ durch die Universität – insbesondere vor dem Hintergrund, dass

in die Universitätsschule erheblich größere Summen fließen werden als in andere Kölner Schulprojekte.

Gesichert ist die Realisierung der Universitätsschule auf dem Helios-Gelände noch nicht, denn noch befindet sich die Immobilie in den Händen des umtriebigen Unternehmers Bauwens-Adenauer. Der fiel bislang nicht durch Rücksichtnahme auf öffentliche oder gar soziale Belange auf. Wenn er denn überhaupt auf seine profitträchtige Vision einer Mega-Shopping-Mall verzichtet, wird der „Unternehmer mit vielseitigem Engagement“ wohl versuchen, der Stadt im Zuge des laufenden Moderationsverfahrens noch teure Zugeständnisse abzurufen. Umso bedeutsamer wird daher das Engagement und die Mitarbeit der Einwohnerinnen und Einwohner im Zuge der Bürgerbeteiligung sein.

Wir sehen mit der inklusiven Universitätsschule Köln vor uns ein Projekt, das in seinen Grundzügen absolut optimal angelegt erscheint. Wenn die in einigen Punkten noch gegebenen Unklarheiten ausgeräumt sind, ist dem Leuchtturmprojekt am Ehrenfelder Leuchtturm zügige Realisierung und gutes Gelingen gewünscht – vor allem aber, dass dieses Modell dann Schule macht!

Bis Ende Dezember besteht noch die Möglichkeit, sich beim Stadtplanungsamt telefonisch für eine Teilnahme an den AG der Öffentlichkeitsbeteiligung anzumelden (Tel.: 0221-221-26205).

*Oswald Pannes, Wilfried Kossen*

# Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Türkischer Außenminister schlägt vor: Tag des Bombenanschlags in der Keupstraße soll zum Tag gegen Rassismus werden

Anschließend an einen Besuch bei den Opferfamilien des Neonaziterrors besuchte der Außenminister der Türkei Ahmet Davutoglu die Keupstraße in Köln-Mülheim. Hier sprach er mit den Brüdern Yildirim, die Inhaber des Friseursalons, und vielen Opfern des Bombenanschlags am 9. Juni 2004. Dabei wiederholten viele der Opfer, dass sie nach dem Bombenanschlag von den Behörden nicht ernst genommen und stundenlang bei der Polizei verhört wurden. An dem Gespräch nahmen Oberbürgermeister Jürgen Roters, Generalkonsul Mustafa Kemal Basa und die Ratsmitglieder Sengül Senol und Malik Kahraman teil. Der Vorschlag des Außenministers, den 9. Juni zum „Tag gegen Rassismus und für Brüder- und Schwesterlichkeit“ zu erklären, wurde vom OB Roters angenommen. Der Außenminister sicherte zu, an diesem Tag dabei zu sein. Später besuchte er das alevitische Cem-Haus in Mülheim. Hier wurde die „Muharrem Matemi“ (die alevitischen



Sengül Senol (MdR), Ahmet Davutoglu (Außenminister der Türkei), Malik Kahraman (MdR) und die Alevitischen Geistlichen Niyazi Dede und Garip Dede im Cem-Haus

Gedenk-Fastentage) mit einem gemeinsamen Fastenbrechen begangen.

Hier forderte Ratsmitglied Sengül Senol den Außenminister auf, eine Gedenkminute und Gedenkveranstaltung für die Dersim-Opfer der Jahre 1936/38 im türkischen Parlament abzuhalten und die Forderungen der Dersimaner und der Aleviten zu erfüllen. Der Außenminister antwortete,

dass es für die Türkei wichtig sei, über das Dersim-Massaker zu sprechen und sich zu entschuldigen. Zuvor hatte am 23. November 2011 der Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan im Namen der Türkei bei den Dersimern um Entschuldigung gebeten. Dersim ist das Zentrum der Aleviten in der Türkei, in Köln leben über zehn Tausend Dersimaner. *Sengül Senol*

## Termine... Termine... Termine...

Mo, 09.01.2012, 19:00 Uhr

AK Hartz IV/Soziales, Sitzungsräume der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 09.01.2011, 17:00 Uhr

AK Umwelt, Sitzungsräume der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 19.01.2012, 17:30 Uhr

AK Jugend und Schule  
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 19.01.2012, 19:00 Uhr

AK Kunst, Kultur, Medien  
Fraktionskeller, Haus Neuerburg

Do, 23.01.2012, 18:00 Uhr

AK Integration  
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 02.02.2011, 18:00 Uhr

AK Gesundheit  
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Di, 07.02.2012, 16:30 Uhr

AK Stadtentwicklung  
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 13.02.2011, 17:00 Uhr

AK Umwelt  
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

### Seniorenvertretung: Helga Humbach in Ehrenfeld gewählt

Bis zum 21. November fanden die Wahlen zur Seniorenvertretung statt. Die Wahlbeteiligung fiel mit 27,9 % etwas besser aus als bei der letzten Wahl im Jahre 2006. Für die LINKE ist das gute Abschneiden von Helga Humbach in Ehrenfeld ein besonderer Grund zur Freude. Sie steht in Zukunft als Ansprechpartnerin in der Seniorenvertretung zur Verfügung. Leider sind auf den hinteren Plätzen auch zwei Pro-Köln-Vertreter für Ehrenfeld in die Seniorenvertretung gekommen, Rita Krause und Waldemar Staudenherz.

### Frauen unterm Hakenkreuz

Das Rollenbild der Frau im Nationalsozialismus und in der heutigen rechten Szene. Veranstaltung von „Lobby für Mädchen“

mit Regina Hiertz und Andreas Brings  
**27. Januar 2012, 19.00 Uhr**  
Gemeindesaal der Erlöserkirche Derfflingerstr. 9, Köln-Weidenpesch